

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Ja der Industrie zum EWR-Vertrag

Die Industrie- und Handelskammer spricht sich für den Beitritt Liechtensteins zum EWR-Abkommen aus. Dies geht aus dem neuesten Mitteilungsblatt hervor, wo es heisst: «Der Vorstand der LIHK erörterte am 4. Dezember, zusammen mit der Arbeitsgruppe EWR, die grundsätzliche Stellungnahme zum vorliegenden EWR-Vertrag. Es wurde festgestellt, dass der Vertrag von der liechtensteinischen Industrie zumindest weit überwiegend klar befürwortet wird, obgleich er den in früheren Stellungnahmen geäusserten Zielsetzungen und Erwartungen nur zum Teil entspricht. Zur Kenntnis genommen wurde indessen, dass die Stellungnahme der liechtensteinischen Banken vorerst noch uneinheitlich ist und im Bankenverband beraten wird. Als erforderlich erachtet wurde erneut – in Respektierung unterschiedlicher Standpunkte – die Gemeinsamkeit des Weges und des EWR-Grundsatzentscheidendes mit der Schweiz. Daraus resultiert die Aufgabe, darauf hinzuwirken, diese Gemeinsamkeit in Liechtenstein offenzuhalten, d. h. sie nicht durch Vorwegnahme eines endgültigen Entscheidendes zu verbauen.»

## Die drei Kerzen – Symbol für die Wahrheit in unseren Herzen

Vorweihnachtliche Gedanken zum 3. Adventssonntag mit der Ausrichtung auf die vielen Möglichkeiten zur Veränderung – von Annemarie Fleck

Zwei Kerzen haben wir angezündet für die Unschuldigen und die Schuldigen. Nun aber ist der dritte Advent und wir können uns überlegen, ob wir nicht die dritte Kerze für die Wahrheit anzünden wollen. Wir alle schätzen ja die Wahrheit sehr, zumindest betonen wir das immer wieder. Aber tun wir das auch wirklich?

Wahrheit kann sehr, sehr schmerzhaft sein, rebellisch und fordernd. Da brauchen wir vielleicht die Wärme und das stille Licht der dritten Kerze, damit wir einen Weg finden aus dem Dunkel, das uns vor dem grellen Licht der Wahrheit beschützt – oder betrügt...

Vor fast 2000 Jahren machte sich ein Ehepaar auf, aus rein «staatlichen» Gründen, denn es wäre keinem der beiden eingefallen, so kurz vor der Geburt auf eine lange Fussreise zu gehen. Weil aber die Obrigkeit es befahl, musste es geschehen. Sie kamen an ihr Ziel, sicher müde, verstaubt und wegen der bevorstehenden Niederkunft voller Sorge und Angst. «Sie fanden keine Herberge», wird lapidar in der Bibel berichtet. Wieviele junge Familien finden heute keine «Herberge»? Auch hier ist manches «staatsverschuldet», weil man oft über anderen Dingen vergass für Wohnraum zu sorgen. Aber trifft die Schuld auch nicht manche ein-



Drei Kerzen brennen bereits auf dem Adventskranz. Weihnachten rückt näher. Zeit also für die Besinnung, für Gedanken auch an Notleidende, nicht nur für sich selbst, die wir in Geborgenheit leben. (Bild: Brigitt Risch)

zeln Menschen? Wie wenig kinderfreundlich sind doch viele. Da werden nicht nur Mieten verlangt, die für eine junge Familie untragbar sind, es werden auch allerlei Zäune gegen die Kinder sonst aufgebaut. Das ist eine leider sehr bittere Wahrheit. Kinder sind in den Mietwohnungen viel zu lästig. Kinderlachen stört mehr als Autolärm und die Architekten und Bauherren sorgen besser für eine gute Unterbrin-

gung des Vehikels als für ein kindgerechtes Zimmer. Ist es schon für die Einheimischen schwer eine ordentliche und trotzdem noch bezahlbare Wohnung zu finden, so ist es für die Fremden, die gezwungen sind unter uns zu leben, oft fast unmöglich eine «Herberge» zu finden.

Herberge hat seelisch zwar viel mit «hergehen und sich darin bergen» zu

tun oder in etwas geborgen sein, aber bei unseren Herbergen geht es, wie damals, zuerst ums Geld. Wir schütteln den Kopf, sind sogar etwas bedrückt, wenn wir in den Medien von Kriegsnot, Hungersnot oder Wohnungsnot hören. Unzählige Menschen tun sogar etwas dagegen, sie öffnen ihre Hände und ihren Geldbeutel für die Notleidenden, aber noch sind es nicht genug.

Wie wird einmal die Wahrheit für uns aussehen, wenn wir über unser Tun Rechenschaft ablegen müssen? Wir werden und wir wurden in tausend kleinen Dingen schuldig, werden wir auch in tausend kleinen Dingen barmherzig? Diese kleinen Dinge der Barmherzigkeit von Abertausenden von Menschen können die Welt genau so gut zum Guten verändern, wie unsere abertausend kleinen Möglichkeiten zum Schuldigwerden die Welt hinabziehen können.

Den Geldbeutel öffnen ist gut, die Hände reichen, ist besser. Aber am allerbesten ist es, wenn wir das Herz für unseren Nächsten öffnen, ohne dass wir auf seine Hautfarbe, seine Nationalität oder seine Religion achten. Gott in jedem Menschen sehen, das ist in Wahrheit der Sinn des Advents, denn Gott wird nicht mehr erwartet, er kam längst an.

## Kampf gegen Inflation hat auch 1992 Vorrang

Zürich (AP) Die Nationalbank will den Kampf gegen die Inflation auch 1992 über die Kontrolle der Geldmenge weiterführen. Wie schon im Vorjahr verzichtete die Notenbank aber auf die Bekanntgabe eines Jahresziels für die Geldmenge und bekräftigte die mittelfristige Zielgrösse von rund einem Prozent Wachstum. Die Währungshüter wollen nötigenfalls auch Schwächeanfänge des Frankens bekämpfen, während der längerfristige Zinstrend weiterhin Resultat der Geldpolitik bleiben soll.

Die am Freitag bekanntgegebene geldpolitische Marschroute der Schweizerischen Nationalbank (SNB) erfolgt im Einvernehmen mit dem Bundesrat und war allgemein erwartet worden. Auch bezüglich der Voraussagen für Wachstum und Teuerung im nächsten Jahr wartet die Nationalbank nicht mit Überraschungen auf: Im Einklang mit den jüngsten Konjunkturprognosen rechnet die SNB mit einem bescheidenen Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von einem Prozent. Die Teuerungsprognosen, wonach die Inflationsrate von gegenwärtig 5,5 Prozent bis Ende 1992 auf drei bis vier Prozent zurückgehen solle, werden als realistisch eingestuft. Die langfristigen Zinssätze dürften wegen des hohen Zinsniveaus in Europa nicht rasch heruntersinken, wie SNB-Sprecher Werner Abegg auf Anfrage ergänzte. Umgekehrt hoffe die Nationalbank aber auch, dass es nicht zu einer weiteren Hypothekenzinsrunde kommen werde. An den Märkten löste die Bekanntgabe der geldpolitischen Beschlüsse am Freitag keine Reaktionen aus.

## Klare Mehrheit im Landtag gegen Staatsvertragsreferendum

Volksabstimmung über das Initiativbegehren der Gewerbe- und Wirtschaftskammer auf Ergänzung der Verfassung voraussichtlich im März

(mö) – Mit einer klaren Mehrheit von 22 Stimmen hat sich der Landtag am Donnerstag abend gegen das fakultative Staatsvertragsreferendum, wie es von der liechtensteinischen Gewerbe- und Wirtschaftskammer im Hinblick auf den EWR-Vertrag mit einer Volksinitiative lanciert wurde, ausgesprochen und die Regierung gleichzeitig mit der Durchführung einer Volksabstimmung beauftragt. Aufgrund der vorgegebenen Fristen dürfte diese Volksabstimmung über das Initiativbegehren auf Ergänzung der Verfassung voraussichtlich im März 1992 stattfinden. Vor allem staatspolitische Argumente und Probleme hatten den Grossteil der Abgeordneten dazu bewegt, der mit insgesamt 2548 gültigen Unterschriften zustandekommene Initiative nicht zuzustimmen.

FBP-Fraktionssprecher Dr. Alois Ospelt machte mit seiner kurzen historischen Betrachtung deutlich, dass sich «die heutige von der Verfassung bestimmte Kompetenzverteilung im ausserpolitischen Bereich in den letzten Jahr-

zehnten bewährt und wichtige souveränitätspolitische Erfolge ermöglicht hat». Mit der Einführung des Staatsvertragsreferendums würden wir seiner Ansicht nach in der Aussenpolitik unbeweglicher und gleichzeitig für die in der Regel viel mächtigeren Verhandlungs- und Vertragspartner weniger berechenbar und verlässlich. Beweglichkeit und rasche Anpassungsfähigkeit, unsere einzigen Mittel zum Überleben, sollten wir nicht leichtfertig aus der Hand geben. Direkt-demokratische Einrichtungen wie Initiative und Referendum müssten laut Dr. Alois Ospelt im Rahmen der fortschreitenden europäischen Integration ohnehin etwas zurückgenommen, staatliche Hoheitsrechte an überstaatliche Organe abgetreten werden.

### Staat noch schwächer machen

Wie sein Vordränger unterstrich auch Landtagsvizepräsident Josef Biedermann, dass es nicht darum gehe, den Stimmberechtigten das Verständnis für ausserpolitische Belange absprechen und

das Mitspracherecht verweigern zu wollen. Durch das Staatsvertragsreferendum würden wir unseren Staat allerdings noch schwächer machen, als er heute als Staat schon sei. Es berge das Risiko, dass ein für Liechtenstein ausgehandeltes Ergebnis vielleicht aufgrund von momentanen Stimmungen, von parteipolitischen Auseinandersetzungen oder aus anderen Gründen, die nicht im Interesse unseres Staates seien, in Frage gestellt würden. Der Abgeordnete Martin Jehle (FBP) nahm insbesondere Bezug auf die in einem Jahr stattfindende EWR-Abstimmung in der Schweiz und bemerkte, dass unsere Hände bei diesem oder jenem Ausgang praktisch gebunden seien, wolle man nicht das grosse Risiko eines Alleinganges auf sich nehmen. Mit dem Staatsvertragsreferendum würde sich Liechtenstein, das mit seiner gegebenen Schwäche der Kleinheit besonders reaktionsfähig bleiben müsse, im ausserpolitischen Bereich ganz aufs Glatteis begeben, begründete Martin Jehle seine Ablehnung der Initiative.

### Beweglichkeit wird eingeschränkt

Der Abgeordnete Heinz Ritter (FBP) verglich das stete politische Bemühen um und für den Staat mit einem Dauerlauf. Seiner Ansicht nach würde man unserem Läufer mit dem Staatsvertragsreferendum anstatt der nötigen Sportschuhe nun Holzschuhe anziehen. Heinz Ritter: «Wir beschneiden unsere Beweglichkeit in Verhandlungen, indem wir immer eine mögliche Volksabstimmung im Hintergrund sehen müssen». Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter gab zu verstehen, dass seine Bedenken aus staatsrechtlicher Sicht, die er beim damaligen Initiativbegehren der Freien Liste äusserte, nach wie vor Geltung hätten. Die Einführung eines Staatsvertragsreferendums käme einer Ausdehnung der Volksrechte zuzulasten unseres ersten Souveräns, des Fürsten, und zulasten des Landtags gleich. Diesbezügliche Vergleiche mit der Schweiz seien aus staatsrechtlicher Sicht unhaltbar. Forderungen auf Einführung des Staatsvertragsreferendums können laut Dr. Karlheinz Ritter «weder mit einem unverbindlichen demokratischen Empfinden, noch mit den für uns unmassgeblichen Grundsätzen der direkten Demokratie begründet, sondern müssen nach den geltenden staatsrechtlichen Vorschriften unserer Verfassung beurteilt werden». Nach diesem Verfassungsverständnis sei ein Staatsvertragsreferendum unvereinbar mit den Vorrechten des Fürsten und Zuständigkeiten des Landtags.

### Keine spezifische Gefahr erkennbar

Auf der Befürworterseite der Initiative standen die drei FBP-Abgeordneten Georg Schierscher, Dr. Ernst Walch und Dr. Dieter Walch. Georg Schierscher vertrat die Meinung, dass Liechtenstein gerade wegen seiner Kleinheit und relativen Überschaubarkeit die direkte Demokratie pflegen solle und könne. Im Instrument des Staatsvertragsreferendums könne (Fortsetzung auf Seite 2)

## Weihnachtsaufruf des Liechtensteinischen Roten Kreuzes



Anlässlich der 8. Generalversammlung aller internationalen Rot-Kreuz- und Roter-Halbmondgesellschaften vom 25. bis 30. November 1991 in Budapest, die ich zusammen mit unserer Auslandsdelegierten, Frau Dr. Marianne Marxer, besuchte, hatte ich Gelegenheit, ein Auffanglager des Ungarischen Malteser Hilfsdienstes für jugoslawische Flüchtlinge zu besuchen. Dort erlebte ich unfassbare Not. Tausende von Flüchtlingen, vor allem Mütter, Kinder und Betagte, müssen Aufnahme finden. Wir möchten helfen, um diese Not zu lindern, und bitten um Spenden für diese Flüchtlinge.

Das Motto des nächsten Jahres heisst für das Rote Kreuz:

### Gemeinsam im Kampf gegen das Elend

Lassen sie uns hier nicht untätig sein – helfen Sie alle mit!

Ich möchte diesen Aufruf mit den besten Wünschen für ein friedliches, segensreiches Weihnachtsfest und ein glückliches Neues Jahr verbinden.

*Marie von und zu Liechtenstein*  
Fürstin Marie von und zu Liechtenstein, Präsidentin des LRK



Orientteppiche  
Werner Hölbe  
Gufer 100  
9497 Triesenberg  
Tel. 075 / 2 24 94

## Weinstube

Nindeln, Tel. 3 41 44

... der gediegene Rahmen für Ihre Weihnachtsfeiern und Familienteste.

Gerne verwöhnen wir Sie, Ihre Familie, Ihre Freunde oder Mitarbeiter in der ADVENTZEIT in unserer heimeligen WEINSTUBE mit eigens für Sie komponierten Festmenüs.

\*\*\*\*\*

WEIHNACHTSZEIT – GESCHENKSZEIT  
WEINGESCHENKE